

URL: <http://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-berichte/standpunkt/;art10796,2861615,0>

Die Inflation kommt

14.04.2009 00:03

Billionen-Programme werden sich auf Preise auswirken

Die Inflation kommt



> Foto vergrößern

Noch scheint die Gefahr gering, dass die Inflation Fahrt aufnehmen könnte. Viele Ökonomen gehen eher von sinkenden Preisen im Zuge einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung aus - also von einer Deflation. Doch die Wahrscheinlichkeit, dass die Preise nach oben schießen, ist größer als mancher glaubt. Die Notenbanken drücken weltweit spürbar mehr Geld in die Märkte, als diese auf Dauer verkraften können. So ist die Bilanzsumme der Europäischen Zentralbank (EZB) seit einem Jahr von rund 1,4 auf knapp 2,2 Billionen Euro angewachsen. Die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) öffnete ihre Geldschleusen noch schneller. Sie blähte ihre Bilanzsumme von 900 Milliarden auf 2,1 Billionen Dollar auf.

Da die Vereinigten Staaten ihre Billionen-Konjunkturprogramme kaum vom Ersparten ihrer Landsleute finanzieren können, müssen sie sich das Geld wieder im Ausland holen. Doch Asiaten, Araber und Russen werden die Dollar-Anleihen nicht mehr so bereitwillig annehmen wie bislang. Schon jetzt beginnt die Fed, US-Staatspapiere aufzukaufen. Sie kann dies nur bezahlen, indem sie die Notenpresse anwirft. Der Keim der Inflation ist gelegt.

In Europa sieht es nur wenig anders aus. Die EZB hat im Gegensatz zur Fed zwar den Auftrag, Preissteigerungen zu bekämpfen. Durch die Hilfs- und Konjunkturprogramme der EU-Staaten wird aber ebenfalls massiv Geld in die Märkte geschleust, die Schulden der Euro-Länder steigen. Außerdem ist noch offen, was mit den Staaten geschieht, die innerhalb des Euroraums bereits über ihre Verhältnisse leben - etwa Spanien, Portugal und Griechenland. Dort geraten die Etats zunehmend aus den Fugen, so dass Staatspapiere dieser Länder schon 2,5 Prozentpunkte teurer sind als die Schatzbriefe anderer Euro-Staaten. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann diese Länder die Solidarität der Euro-Gemeinschaft einfordern. Auch außerhalb der Eurozone rufen EU-Länder um Hilfe. Rumänien braucht 20 Milliarden Euro. Ungarn und Lettland haben bereits knapp zehn Milliarden Euro erhalten.

Wenn die Konjunktur anzieht, müssen Schulden abgebaut, die Geldmenge muss verringert werden. Die EZB steckt in der Zwickmühle: Um die Milliarden abzuschöpfen und die Inflationsgefahr zu bannen, muss sie die Zinsen erhöhen. Dies wäre Gift für die zart sprießenden Wachstumspflanzen. Die Währungsstrategen werden daher eine höhere Geldentwertung in Kauf nehmen. Außerdem machen steigende Preise öffentliche Schulden erträglicher, da diese immer mehr an Wert verlieren - die

Druckansicht

Ersparnisse des "kleinen Mannes" aber auch.



› Foto vergrößern

Von Lothar Warscheid

Alle Rechte vorbehalten.

Powered by fCMS - Copyright © by fidion GmbH, Würzburg